

Die Hochschulreaktion und ihre Knechte

Die rechten Sozialdemokraten bedecken die völkischen Studenten. Winkler wirft Reute aus dem Landtag. Der Beulker-Bechte-Bund für die Hochschulreaktion.

Landtagssitzung vom 11. Mai

Der Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß in der Frage der Veröffentlichung von Beschlüssen durch die Regierung eine Kenntnisnahme der Abgeordneten eine Beteiligung der öffentlichen Meinung notwendig sei.

Der Schriftführer des Vorstandes, Genosse Lieberich, teilt mit, daß die Regierung wegen dieses Beschlusses und infolgedessen die Beschlüsse eines Beamten. Dieser öffentliche Beschlüsse sind zur Kenntnis genommen.

Gegen die anstehenden Beschlüsse in der Bürgerstimmungsfrage über die Abwehr einer Prostitution eines Regierungsbeamten in der letzten Landtagssitzung bei der Genehmigung zur Einsetzung kommunistischer Abgeordneter durch den Gewerkschaftsrat kommunistischer Abgeordneter unter lebhaften Zusätzen Dr. Schmiede und links SPD, eine Erklärung über den Verhalten der höheren Beamten festgesetzt.

Die Erklärung wird von uns an anderer Stelle veröffentlicht.

Winkler teilt die deutschnationalen Bureaukraten, die den sozialistischen Präsidenten Winkler erklärt sofort, daß der Beschlüsse die Angaben des Oberregierungsrates als richtig betrachte und ihn deshalb in Schutz nehme. Die Deutsche Arbeiterpartei kritisiert die Ausführungen des Präsidenten mit lebhaften Beifall.

Genosse tritt man in die Beratung der Tagesordnung ein. Zunächst behandelt werden die Punkte: Staatskapitel, Fortschritt, die Errichtung eines neuen Gebäudes, eine demokratische Anfrage, die den Bau des Reichsgerichts in Dresden und eine Anfrage über die Errichtung eines Reichsgerichts. Im Verlauf der Debatte genossen sich Herr Blüher und die Deutschnationalen, daß sie die Partei. Blüher weist der Deutschnationalen nach, daß sie die Partei als Vertreter der Arbeiterklasse in der Reichsversammlung zu vertreten, die Erweiterung des ersten Krematoriums in Dresden mußte infolge der ständigen Steigerung der Zahl der Leichenbestattungen unbedingt durchgeführt werden, und das sei nicht dem Reichsgericht geplant, weil die Entwicklung es bedingte.

Die Argumentation des Herrn Blüher aber ist nicht ganz so klar, wie es nach seinem Auftreten angenommen werden könnte, denn Herr Blüher, Frau Herzog-Wagner, setzt sich dann für den Antrag Blüher ein.

Winkler ruft der Abgeordnete Seib herauf, der erklärt, daß die sozialistische Fraktion für den Antrag des Reichsversammlungsschlichter stimmen werde, d. h. für die Errichtung eines Reichsgerichts auf dem strittigen Gelände, das seine Anwesenheit für den entgegengelegten Antrag im Ausschuss nicht gut finden haben, sei nur „ein Versehen“ gewesen. (Zusatz: der Reichsminister; Teut ist die Weiche wieder gestellt.)

Genosse im ganzen Hause.)

Die kommunistische Fraktion erklärt Genosse Glemke seine Zustimmung zu dem Antrag Schurig.

Der Antrag Blüher wird abgelehnt, der Antrag Schurig angenommen.

Lebhaftige Sitzung wiederum verhandelt. Winkler teilt der Präsident mit, daß man beschliesse, die nächste Sitzung am 3. Juni stattfinden zu lassen. Dagegen setzen der Abg. Frick und der Genosse Richter scharfen Widerspruch. Genosse Richter erklärt, daß er es wohl verstehen kann, wenn die rechten Sozialdemokraten Zeit haben wollen, um die Sachverhalte in der Sache zu organisieren, doch aber nicht die Abwesenheit von Arbeit liegendes und die Arbeiterklasse hat keinen Grund haben, diesen Seiten die Arbeit zu unterbrechen. Er beantragt die Ansetzung der nächsten Sitzung auf den nächsten Dienstag. Der gesamte Beulker-Bechte-Bund hat auf Antrag Frick unter lebhaften Beifall der Linken die nächsten haben wieder freie Zeit zum Parteipalast erhalten.

Die Reaktion

an der Technischen Hochschule in Dresden

Winkler teilt die Beratung des Staatskapitals, Technische Hochschule, der Justizminister des Reichs und der Ideologie der Partei in diesem Zentrum der Reaktion, Abg. Blüher, erklärt:

Die rechte SPD bringt der Abg. Wedel sehr interessante Material über das handliche Auftreten der Korporation vor allem Juden gegenüber und weist treffend auf das Verhalten der Korporation anlässlich der Dresdener Arbeiterbewegung der linksorientierten Studenten hin.

Winkler antwortend Gedächtnis der Linken charakterisiert er die Korporation als „Ehrenbezug“ der Korporation, die neben dem nationalsozialistischen Ehrenbezug noch eine besonders kühne „Ehre“ konstatiert. Er lehne die Unterscheidung von Korporation ab, da diese ihre Mittel für sehr eigenartige Zwecke ausgeben. Womit diese ihre Zeit verbringen, wobei die Programme der Korporation nach: Spielabende, Konzerte, Bierabende usw. fallen die freie Zeit dieser Schüler der Reaktion aus. Die Satisfaktionsforderungen dieser Korporation sind das gleiche Niveau. (Winkler wird mehrmals von der Technischen und Volksparteier durch schäffliche Zwischenrufe unterbrochen.) Sehr wesentlich ist die Tatsache, daß die Korporation direkte Verbindung mit der Reichswehr durch die Teilnahme an Übungen, (Hört, hört! links.) Die „politische Korporation“ dieser Studenten ist ja auch über alle Kritik „erhaben“.

Das Verhalten des Ministeriums werden von Professoren und Lehrenden getragen, das ist charakteristisch für die „Politik“ dieser Beamten. Der Kurs der Dresdener Technischen Hochschule ist reaktionär bis auf die Knochen.

Winkler verlangt, daß kein Antrag angenommen wird, da der Antrag nur Mittel für die Studenten aus dem Volk freiwilligen Hilfe. (Rebellen Bravo! links.)

Winkler teilt die Hochschulreaktion!

Winkler erregt sich ein handliches Zwischenfall. Einige deutschnationalen Abgeordnete rufen durch provokatives Verhalten den Widerspruch des Abg. Reute hervor, die ihnen von den Reaktionsritten zuricht: „Mit Ihnen nehme ich keinen Kontakt auf!“ Darauf wird Winkler freudig vor Wut und Ärger. Abg. Reute, wenn Sie die Sitzung hören, werde ich Sie aus dem Saal weisen!“ Als darauf Reute protestiert, es lasse ihn Winkler für von der Sitzung ausgeschlossen! Selbst die Bürgerlichen sind über dieses „falsche Eingreifen“ ihres Reichstages. Den einsehenden Protest der Linken erklärt der „sozialdemokratische“ dadurch, daß er dem Kultusminister sofort von Wort erteilt.

Der Kultusminister wendet sich natürlich gegen den Antrag Wedel und verteidigt seine Parteifreundschaft.

Zur Sachverhaltung erhält darauf Abg. Lieberich das Wort. Er protestiert gegen die Hinanzweisung Reutes und behauptet, daß es eine Provokation. Daraufhin erhält er einen Gegenangriff. Reute protestiert Genosse Lieberich gegen die unehrenhaften Maßnahmen des Reichstages und erklärt, daß die unehrenhaften Abgeordneten ausschalten. Winkler erklärt darauf, daß er vor dem Angriff der Presse keine Angst habe, bei er doch schon von der Seite Reutes über seine Person geschrien.

Gegen diese Behauptung erhebt Genosse Reute Protest und erklärt, daß dies nun deutlich zeige, daß Winkler auch gegen die sozialistische Presse Stimmung machen wolle.

Winkler erwidert:

Ich teile die kommunistische Presse nicht gemeint habe (hört, hört! im Hause), sondern Abg. Lieberich hätte ihm mit seiner Behauptung in der Presse gedroht. Darauf erklärt Lieberich, daß er dem Präsidenten einen Krümel angeknabbert habe,

daß er aber dabei es nicht nötig habe, zu lägen, da die Tatsachen völlig genügen.

Man fährt nunmehr in der Tagesordnung fort. Die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion vortritt Genosse Dr. Schmiede.

Die Kommunisten sind stets Förderer der Wissenschaft. Sie wissen aber, daß die Anwendung der Wissenschaft durch die herrschende Klasse sich Reute gegen die Arbeiter wendet, und das liegt sich gerade deutlich in der Technik. Die Technik als angewandte Wissenschaft richtet sich heute in Deutschland direkt gegen die Arbeiter und verdrängt die Kooperative. Dabei zeigt sich auch, wie rückständig die ganze deutsche Technik geblieben ist. Ein interessantes Beispiel ist der Wohnungsbau, dessen Methoden auch an der Technischen Hochschule in Dresden studiert werden. Die Förderung des Wohnungsbau verlangt nach neuen Methoden die rückständige Technik, aber bedarf die Wohnungsbau und auch die Schulung auf diesem Gebiet. Sie kann es wohl der Geist der Lehrer völlig unberührt ist von den Erfahrungen der Praxis.

Die Männer der Praxis werden ausgeschlossen. Reaktionärer Geist herrscht.

So werden auch die Studenten erogen. Standesdünkel löst die Studenten aus arbeitenden Schichten ab, die historische Wirtschaftslage erlaubt es soll nur Begünstigten, das Studium durchzuführen. Um so brutaler wird der Kampf gegen die fortschrittlichen sozialistischen und kommunistischen Studenten geführt, die sich wehren gegen das Ziel dieser Hochschulpolitik:

Verdrängung einer großen von qualifizierten Arbeiterknechten, die vom Bürgerum im Kampfe gegen die Arbeiterklasse eingeleitet werden kann.

Dafür ein Beweis: Die englische Arbeiterklasse befindet sich in einem heroischen Streik um ihre Existenzfragen; darauf legt die Regierung sofort ihre „bunte“ Kampfruppe, die Studenten ein, um den Streik abzuwehren. Das ist der Sinn der Flieger der „Hochschule“, die die Bourgeoisie sorgsam hegt. Und der „Geist“? Denken Sie an den Dales-Dammsprung bei der Einführung des neuen Kurses. Das lange, „steigende“ Vermögen hat man ausgegliedert, das als Zeichen der Würde und der Gesamtschönheit „Seine Kaputtigkeiten“ einen Hermetismus auf seinem Talar haben mußte. Dafür wurde Geld der höchsten Steuerzahler herbeigeholt und verwendet. Als sich dann herausstellte, daß der Reiter zu dick ist, legen die Professorenschaft 600 Mark zu, um die Fülle des Geldes mit Hermetismus behüten zu können. Und mit Reichswehrmacht und mittelalterlichem Pomp und Klöppel wurde das Haus der Dresdener Technischen Hochschule in sein Amt eingeführt.

Für eine von solchen männlichen Geist getragene Inkultation brauchen die Kommunisten keinen Plümiel! (Seht gut! links.) Wir beantragen aber, um zu sehen, wie die „fortschrittlichen“ genannten Abgeordneten“ stehen, getragene Zustimmung über den Abschnitt über die „Theologieprofessur, die wir ablehnen und über die neu zu errichtende Arbeitsrechtswissenschaft, die wir zustimmen, abstimmen wir wissen, daß auch sie nur ein ganz geringer Fortschritt ist.

Schließlich werden wir dem Antrag Wedel gegen die Bewilligung von Mitteln für die Konsultanten, den wir in der Sache nicht ablehnen, zustimmen. (Schafftes Bravo links.)

Da die beiden nächsten Redner Kammeler und Franz sich im Gesprächsraum „erlösen“, erhält sofort der „Demokrat“ Dr. Seibel das Wort. Er vertritt sehr auf den abwesenden Deutschnationalen und legt sich warm für die völkische Studentenenschaft ein. Charakteristisch ist seine Erklärung, daß er „auch einen kommunistischen Studenten ertragen müsse“, das sei doch ein Beweis für die Objektivität, die bei den Hochschulen herrsche.

Genosse Lieberich weist seine eckige „demokratische“ Ausführungen durch treffende Zwischenrufe zurück. Schließlich haben sich auch Kammeler und Franz zurückgezogen, und zeitlich nun Herr Kammeler nochmals eine Rede für den reaktionären Kurs an der Hochschule.

Frage tritt nun eingehend für die Errichtung einer Arbeitsrechtswissenschaft an der Hochschule ein, hat aber kein Wort für die diese politische Bedeutung der Auseinandersetzungen über den Kurs der Hochschule.

In seinem Schlusswort bringt es der Abg. Blüher fertig, das ganze Material des Abg. Wedel über den monarchistischen Charakter mit der Erklärung „abzuwaschen“, daß diese Verbindungen ihren Wahlspruch „Mit Gott für Kaiser und Reich“ eben aus früheren Jahren „abgeschrieben“ hätten. Auf diesem Niveau bewegen sich auch die übrigen Überlegungsversuche. (Interessant ist, daß die gesamten Professorenschaft der Technischen Hochschule auf der Tribüne anwesend sind und begeistert, in den Ausführungen Blühers nicken.)

Die Abstimmungen ergeben Bewilligung der Religionsprofessur gegen die Kommunisten und links Sozialdemokraten. Die Rechtsnationalen stimmen geschlossen mit dem Bürgerbund. Die Stimmen der Rechtssozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten wird die Professur für Arbeitsrecht bewilligt.

Die rechte SPD, für die Konsultanten!

Ein nichtslender Antrag Winkler, der verlangt, daß die Konsultanten nur an bedürftige Studenten vergeben werden dürfen (eine Selbstverständlichkeit!), wird einstimmig angenommen.

Die Abstimmungen über den Antrag Wedel, daß die Unterscheidungen nicht fortsetzenden Verbindungen gestattet werden, ergibt Ablehnung gegen die Stimmen der Kommunisten und links SPD.

Die rechten Sozialdemokraten hängen also reiflos die Hochschulreaktion. Sie stehen hinter den Konsultanten.

Das Kapitel deutschnationaler Antrag wird dann in erste Beratung genommen, der gegen 7 Uhr abgebrochen wird und die in der für morgen vormittags 10 Uhr anberaumten Fortsetzung der heutigen Sitzung fortgesetzt werden soll.

Erklärung

des Genossen Schmiede vor Eintritt in die Tagesordnung.

Der Landesverband der höheren Beamten Sachsens Mittels der Presse:

„In der letzten Vollversammlung des Landtages am 22. April hat der Abg. Dr. Schmiede einen in Vertretung der Regierung der Sitzung beimohnenden Oberregierungsrat, ohne daß dieser irgendwelchen Anlaß gegeben hätte, durch grobe Schimpfwörter beleidigt.“

Da diese Beleidigung geeignet ist, die Öffentlichkeit irrezuführen, so habe ich hierzu folgende Erklärung abgegeben:

Es ist nicht wahr, daß der betreffende Oberregierungsrat keinen Anlaß zu meinen Äußerungen gegeben hätte. Dieser hat vielmehr bei der Abstimmung über die Sachverhalte, die mich veranlassen, gegen kommunistische Abgeordnete jedesmal, wenn ich eine Mehrheit für die Ausschaltung der Immunität und Verhaftung an die Gerichte fand, seiner Schandenrede durch lächerliche Vorwürfe auszuweichen. Besonders lächerlich gähnelte sich der Herr aber bei der im Anschluß an die Abstimmung gehaltenen Rede meines Landtagsbesitzes Genossen, bei der er mich behauptete, daß ich mich in der Mitte des Reichstages der Beamten im Verein mit den Mitgliedern der Reichspartei durch auffälliges hochmütiges Verhalten und Selbstherrlichkeit über die Sachverhalte herzusetzen würde.

Meine Äußerungen diesem Herrn gegenüber sind ich also in berechtigter Abwehr und begründeter Erregung gegen dessen provokatives Verhalten.

Die einseitige Darstellung dieses Tatbestandes seitens des Landesverbandes der höheren Beamten soll aber nicht dahin führen, mich persönlich herabzusetzen, sondern ist gleichzeitig eine Bege gegen die kommunistische Partei, durch die man versucht, alle Beamten gegen dieselbe mobil zu machen.

Sie ist insbesondere dazu bestimmt, auch die Massen der unteren Beamten gegen die kommunistische Partei auszuwaschen, um so die Reichspositionen der höheren Bureaukratie im Interesse der Bourgeoisie zu befestigen.

Gegenüber Beleidigungen höherer Beamten von Mitgliedern der deutschnationalen Partei hat sich der Landesverband keineswegs so empfindlich gezeigt und keinen Anlaß gefunden, seine Mitglieder in Schutz zu nehmen.

In der Landtagssitzung vom 25. Juni 1925 bei der Beratung des Kap. 100 über ein deutschnationaler Abgeordneter höherer Beamte als „Kretzel“ bezeichnet. Er hat dieses Schimpfwort, das in den Verhandlungen des Landtages nachweislich ist, in seinem Schlusswort nach dadurch bekräftigt, daß er ausrief, er habe dies mit Überlegung und Bewußtsein ausgesprochen.

Trotzdem sein Wort bei der Erinnerung von Seiten des Landesverbandes höherer Beamten.

Anscheinend geht die Abhängigkeit des Vorstandes des Landesverbandes höherer Beamten von der deutschnationalen Fraktion des Landtages soweit, daß er grobe Beleidigungen seiner Mitglieder von Seiten dieser Partei mit Ergebung hin nimmt, um ja nicht das Wohlwollen der Monarchisten zu verlieren, während er andererseits seine arbeiterfeindliche politische Einstellung dadurch dokumentieren will, daß er beabsichtigt, gewisse kommunistische Abgeordnete gegenüber einem höheren Beamten zu heftigen Ausstellungen in der Presse demütigt.

Diese Erklärung der höheren Beamten ist ein weiterer Beweis dafür, daß sie arbeiterfeindlich eingestellt ist und in allen Fällen der monarchistischen und sozialistischen Reaktion Beistand leistet.

Die Arbeiterklasse muß daraus ersehen, daß der Kampf gegen die höhere Bureaukratie, gegen dieses nationale Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie mit allen Mitteln geführt werden muß.

Aus Ostfachsen

Heidenau. Der vom Schulverein Heidenau veranstaltete 2. öffentliche Erziehungsabend wird, wie bereits mitgeteilt, heute, abends 7.30 Uhr, in der Gefäßlogie wiederholt. Um jede Überfüllung zu vermeiden, wird jedem Besucher einen Sitzplatz zu sichern, wird der Eintritt, der wiederum frei und unentgeltlich ist, nur gegen Einzahlung in Begleitung von mindestens 2 und 8. Schuljahres in Begleitung von mindestens 10 Jahren ist, nur gegen Einzahlung gestattet. Nicht abgeholte Einzahlungstickets sind dann noch ab 6.30 Uhr in der Gefäßlogie zu haben.

Kohmannsdorf. (Die Bildung der Einheitsfront am 1. Mai.) Nach langen Verhandlungen ist es hier gelungen, am 1. Mai die Einheitsfront herzustellen und eine gemeinsame Manifestation zu veranstalten. Seitens der Vertreter der SPD, wurde in den Verhandlungen immer wieder erklärt, einen Keil hineinzutreiben. Herr Kahwig aus Krottal gab sich die erdenkliche Mühe, die Einheitsfront zu verhindern, und verlor die meisten Vertreter der SPD ganze Aktenbündel von Material, in welchem nachgewiesen werden sollte, daß es „unmöglich“ sei, mit der SPD gemeinsame Sache zu machen. Doch ließen sich die Vertreter des Sozialistens, Leute, welche die Verhandlungen eingeleitet hatten, zunächst nicht beeindrucken und drangen mit Energie durch, daß die Manifestation möglichst veranstaltet wurde. Ingeborg wurden nur rote Fahnen. Die Beteiligung des Demonstrationszuges war gut. Die Teilnehmer aus den Ostfachsen Kohmannsdorf, Gornitz und Sombrodt, auch beteiligten sich unsere Genossen von Tharandt und Rebenau mit, wo es der SPD gelungen ist, eine gemeinschaftliche Manifestation zu verhindern. Die SPD markierte als stärkste Abteilung an dritter Stelle im Zuge. Im Zuge sah man neben den vielen roten Fahnen Schilde für die Entgegnung des Fürsten usw. Am Sportplatz der freien Lärche in Heidenau hielt Gen. Jank, Dresden, eine kurze, fröhliche Rede im Sinne der Einheitsfront. Leider wurde man teilweise, daß ein Teil der SPD-Demonstranten bei der Ansprache verhasst war. Nachmittags fanden Kinderveranstaltungen statt. Die Abendveranstaltungen, welche in Wehlitz stattfanden sollte, wurde leider nach dem Hainberg Sportplatz verlegt werden, da der Gefäßlogie Wehlitz nicht mehr für Arbeitergroßen hat. Es wurden ihm pro Teilnehmer 20 Pf. zugewiesen und für 600 Teilnehmer garantiert, also 12.000 Pf. für einen Saal auf ein paar Stunden. Dieser Arbeitereinsatz konnte nicht begreifen, daß man eine Arbeiterveranstaltung ohne Alkoholismus veranstalten könne, und forderte 12.000 Pf. für einen Saal. Wir hoffen, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, wenn sie in die Nähe dieses Saales und Landpalastes kommen, davon denken, daß der Reicht dieser Städte es der höchsten Arbeiterkraft durch keine hundertfachen Verdienungen unzulänglich gemacht hat, ihre Arbeiterveranstaltung dort abzuhalten. Die Abendveranstaltung wurde mit vorzüglichem Programm am Sportplatz, bei einem weithin sichtbaren Feuer, durch Prolog, Gesang und Spiel abgehalten. Zum Schluß hielt Landtagsabgeordneter Kretzel (SPD) eine Ansprache, in welcher er sämtliche Länder, auch die Kleinsten, nannte. In welcher die Arbeiter den 1. Mai feiern, aber Kretzel kam nicht über seine Lippen; der Arbeiterstand, in welchem am 1. Mai Millionen von Werktätigen demonstrieren, existiert für ihn für den linken SPD-Führer nicht. Es kam aber noch später, indem er zum Schluß seiner Rede die revolutionäre, völkische Sozialdemokratie hochleben ließ, noch dazu bei einer Veranstaltung, wo der größte Teil der Teilnehmer SPD und Parteifreie waren. Daß diese Provokation sofort bemerkt wurde, merkte man an den ganz vereinstimmten Hochrufen. Die nachträgliche Entschuldigung des Herrn Kretzel ist belanglos, seine Ansprache, er habe nicht gewußt, daß es eine gemeinschaftliche Manifestation sei, ist unzulässig, denn während seiner ganzen Rede hatte er die Parteifreie der SPD und die Kretzel Frontläufer gesehen, beide mit Sozialistern, vor seinen Augen. — Die gemeinschaftliche Manifestation hat auch über bewiesen, daß die Arbeiterkraft gewillt ist, die Einheitsfront des Proletariats zu bilden.

Sittau. (Arbeitertage.) Am Sonntagvormittag veranstalteten die Arbeiter-Liga und Sportvereine des Sittauer Bezirks eine große Arbeitertage. 20 Mannschaften sind beim Stierkampf gemeldet. Jede Mannschaft besteht aus 8 Mitgliedern, 3 Jugendbarnern und 4 Turnern, zusammen 17 Kämpfern. Es hatten also 391 Teilnehmer. Eine derartige Staffeln ist bisher noch keinen anderen Sportveranstaltungen unseres Bezirks zusammengestellt worden. In einem Programmheft sind die Streckenabteilung und die Mannschaften, sowie deren Sportleistungen enthalten. Dadurch wird leicht ein Bild von der technischen Leistung der Vereine zu gewinnen sein. Zum Preise auf 15 Pf. können die Hefte an den Stier- und den Arbeitervereinen der Gasse erworben werden. Es wird gebeten, davon gegen Gebühr zu machen. Um eine reibungslose Abwicklung der umfangreichen Staffeln zu gewährleisten, wird die Bewilligung gebittet, die Käufer nicht auf Fahrern zu begünstigen. Der Nachmittag soll durch Werkspiele ausgefüllt werden. Es wird gebeten, den bedauerlichen Versäumnissen von Anfang bis Ende beizuwohnen und für regen Besuch in Bekanntheit zu sorgen. Sportfreunde und Genossen müssen diese große Veranstaltung besuchen.